

Niederschrift

über die 3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses am Mittwoch, 17.06.2026 um 18:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Christian Gartmann CDU

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang CDU Vertretung für Frau Winterberg

Herr Fabian Filatov CDU

Herr Peter Groß CDU

Herr Martin Sudhoff CDU

Frau Andrea Janeck SPD

Herr Elias Sousa Reis SPD Vertretung für Herrn Döbgen

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

Frau Anna Meike Reimann Bündnis 90/Die Grünen Vertretung für Frau Didschuneit

Herr Axel Hoffmeister AfD Vertretung für Frau Owsianowski

Herr Michael Steinbach AfD Vertretung für Frau Niederquell

Sachkundige Bürger*innen

Herr Ralf Peter Beier BA | Piraten

Frau Annika Oligmüller Die Linke

Frau Anika Ringelkamp Bündnis 90 / Die Grünen

Beratende Mitglieder

Frau Malin Schmidt Deutscher Paritätischer

Wohlfahrtsverband

Herr Michael Ruland Kath. Kirchengemeinde

Beiräte

Frau Christel Gerling Seniorenbeirat

Frau Sabine Anna Roth Behindertenbeirat

Gäste

Herr Sven Nienaber SKFM Hilden-Haan e.V.

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Andrea Funke Stadt Hilden

Frau Anja Voß Stadt Hilden

Herr Dirk Schatte Stadt Hilden

Frau Sabine Freese Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Jahresbericht 2025 Sozialdienst katholischer Frauen und Männer (SKFM) Hilden-Haan e.V. - Schuldnerberatung
WP 25-30 SV 50/011
- 3 Anträge
 - 3.1 Antrag der CDU Fraktion vom 03.03.2026: Maßnahmenpaket "Mehr Wohnraum in Hilden"
WP 25-30 SV 50/012
 - 3.2 Antrag der CDU Fraktion Hilden vom 15.04.2026: Wohnraumstärkungsgesetzes NRW (WohnStG NRW) Bekämpfung Wohnungsleerstand
WP 25-30 SV 50/013
- 4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 5.1 Antrag 043-26 von Bündnis 90/Die Grünen "Einrichtung einer Notschlafstelle für die Stadt Hilden"
 - 5.2 Antrag 042-26 von Bündnis 90/Die Grünen "Überprüfung und Verbesserung der Sicherheits- und Unterbringungssituation in den Notunterkünften Forst- und Hegelstraße"

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rm Gartmann/CDU eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Es gab keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu TOP 3.1 wurde eine Ergänzung und ein Änderungsantrag angekündigt, die bereits an die Mitglieder des Ausschusses verschickt wurden.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärte sich niemand für befangen.

2 Jahresbericht 2025 Sozialdienst katholischer Frauen und Männer (SKFM) Hilden-Haan e.V. - Schuldnerberatung WP 25-30 SV 50/011

Rm Groß/CDU äußerte die Sorge über die zunehmenden Zahlen im Bereich Schuldnerberatung und die daraus resultierende Wartezeit auf eine Beratung von neun Monaten und länger. Die Notwendigkeit einer Reaktion und ggf. Aufstockung im Bereich Personal sei zu überdenken.

Rm Stroth/SPD möchte die finanzielle Entwicklung im Blick behalten und die mögliche Refinanzierung durch das Land. Sie bittet um Rückmeldung des SKFM, ob die gesetzliche Entwicklung mit möglicher Refinanzierung durch das Land abgewartet werden kann oder, ob vorher eine personelle Aufstockung notwendig sei.

1. Beigeordneter Eichner erläuterte auf Rückfrage von Rm Beier/BA/Pi, dass es sich bei der Schuldnerberatung um eine Pflichtaufgabe handele, die an den SKFM Hilden-Haan ausgelagert wurde. Die Rahmenbedingungen seien vertraglich festgelegt.

S.B. Beier/BA/Pi bat daraufhin um Stellungnahme von Herrn Nienaber/SKFM Hilden-Haan.

Es erfolgte eine Unterbrechung der Sitzung um 18:09 Uhr für die Vorstellung von Herrn Nienaber/SKFM Hilden-Haan, als Nachfolger von Herrn Bader als Geschäftsführer des SKFM Hilden-Haan. Eine personelle Aufstockung hielt er ebenfalls für sehr sinnvoll, um die Wartezeit auf einen Termin zur Schuldnerberatung verkürzen zu können.

Die Sitzung wurde um 18:10 Uhr wieder aufgenommen

Frau Schmidt/Parität. Wohlfahrtsverband bat um Berücksichtigung der Tatsache, dass vor allem die niedrigen Einkommensschichten, Alleinerziehende sowie Rentner von Überschuldung betroffen seien. Die höheren Kosten für Energie, Lebensmittel und die hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt sowie die Verknappung von Wohnraum seien ebenfalls Gründe für die steigende Zahl der Betroffenen.

Der Sozialausschuss nahm den Jahresbericht 2025 des SKFM Hilden-Haan e.V. zum Angebot der Schuldnerberatung zur Kenntnis.

3 Anträge

3.1 Antrag der CDU Fraktion vom 03.03.2026: Maßnahmenpaket "Mehr Wohnraum in Hilden" WP 25-30 SV 50/012

Rm Sudhoff/CDU betonte, dass eine vielschichtige Bevölkerungsstruktur notwendig und sinnvoll für Hilden sei, um den Wirtschaftsstandort Hilden zu erhalten und zu stärken. Maßnahmen der WGH in der Vergangenheit, hätten sich als nicht ausreichend erwiesen und der Runde Tisch der Verwaltung sei lediglich ein Anfang. Die CDU-Fraktion werde dem Ergänzungsvorschlag des Behindertenbeirates nicht zustimmen, da es noch einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebe.

S.B. Ringelkamp/Bündnis 90/Die Grünen bat den Änderungsantrag ihrer Fraktion mit Ergänzungen zum CDU-Antrag bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Rm Stroth/SPD erläuterte, warum die SPD-Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion und den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen ablehnen werde. Die Einberufung eines Runden Tisches, unter Berücksichtigung des Behinderten- und Seniorenbeirates werde jedoch begrüßt. Sie stellte Ziel und Motivation des Antrages in Frage. Es gab Bauvorhaben in der Vergangenheit, die alle durch die CDU gestoppt wurden. Sie wies darauf hin, dass alle unter Punkt 1 erwähnten Änderungsvorschläge von Bündnis 90/Die Grünen bereits im Gesellschaftervertrag der WGH festgeschrieben seien und es sinnvoller wäre sich mit dem Aufsichtsrat der WGH zusammenzusetzen und in den Austausch zu gehen. Sie kritisierte, dass in der Vergangenheit der Ankauf der LEG Wohnungen ohne Prüfung abgelehnt wurde. Bei Veräußerung durch die Stadt Hilden wurde die teilweise Preisdämpfung nicht geprüft. Hilfreich wäre es, die WGH mit dem nötigen Kapital auszustatten, damit Vorhaben umgesetzt werden können und die Funktion im Aufsichtsrat der WGH ernst zu nehmen. Die SPD-Fraktion kritisierte die zeitliche Verzögerung, die durch die Antragstellung entstehe.

S.B. Beier/BA/Pi stimmte Rm Stroth/SPD zu. Er führte als Beispiel den in der Vergangenheit gestellten Vorschlag der Bürgeraktion an, die Furtwängler Str. nicht zu privatisieren, sondern nach und nach zu erschließen. Es sei viel zu viel preisgedämpfter Wohnraum in Hilden (über 300 Wohnungen) weggefallen. Der Antrag sei zu spät, um den Wohnungsmarkt zu beleben.

Rm Filatov/CDU widersprach den Vorwürfen von SPD und BA/Pi. Es handele sich um ein hochbrisantes und prioritäres Thema und seine Fraktion sehe durchaus Handlungsbedarf in Bezug auf die WGH. Auch die Maßnahmen, die bisher durch die Verwaltung ergriffen wurden, halte er für nicht ausreichend.

Rm Stroth/SPD erwiderte, dass die Brisanz des Themas von ihrer Fraktion nicht unterschätzt werde. Sie betonte, dass Aufsichtsratsmitglieder auch nicht öffentliche Informationen erhalten und die Politik die WGH mit Kapital ausstatten könne.

1. Beigeordneter Eichner bedankte sich bei Frau Funke/Verwaltung für die Erstellung der Sitzungsvorlage. Die Verwaltung sei sich ihrer Verantwortung bewusst, es müsse aber aufgrund der drohenden Haushaltskonsolidierung eine Priorisierung erfolgen. Die Problematik ist Elementar und in der Verwaltung bekannt. WGH und Verwaltung seien im Austausch, auch mit anderen Wohnungsbauunternehmen. Es sei zu prüfen, wie leistungsfähig eine WGH ist. Sozialer Wohnungsbau sei elementar für unsere Stadt.

Rm Sudhoff/CDU bat um Vorlage eines Zwischenberichtes bis zum 30.09.2026.

S.B. Beier/BA/Pi vermisse die Gesprächsbereitschaft über die Parteigrenzen hinaus, um auch die kleinen Parteien mit an Planungen zu beteiligen. Es solle eine Zielvorgabe geben, wie viele Sozialwohnungen gebaut werden sollen.

Frau Gerling/Seniorenbeirat verwies auf den Vorschlag von Rm Reffgen/BA/Pi im letzten Sozialausschuss hin, eine Wohnungstauschbörse ins Leben zu rufen.

Frau Roth/Behindertenbeirat teilte mit, dass sich der Änderungsantrag des Behindertenbeirates erledigt habe. Sie wünsche sich grundsätzlich mehr Sichtbarkeit und Berücksichtigung der Anliegen von Menschen mit Behinderungen.

Antragstext:

Maßnahmenpaket „Mehr Wohnraum für Hilden“ Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2026

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Maßnahmenpaket zur Entlastung des Hildener Wohnungsmarktes vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte umfasst:
 - a) Prüfung einer stärkeren Kooperation mit der WGH Wohnungsbaugesellschaft Hilden mbH zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum,
 - b) Erfassung von Leerständen und Prüfung von Aktivierungsinstrumenten. Dabei soll die Umsetzungsstrategie von Sanktionen und Strafen, ähnlich wie in den Städten Köln, München und Berlin, geprüft werden.
2. Die Verwaltung berichtet dem Rat bis zum 30.09.2026 über den Umsetzungsstand und weitere Handlungserfordernisse.

Änderungsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen vom 15.06.2026 zum:

Ö 3.1 Antrag der CDU Fraktion vom 03.03.2026: Maßnahmenpaket „Mehr Wohnraum in Hilden“

1. Anpassung Punkt 1 (Einleitung)

Der erste Absatz wird ergänzt:

„...ein Maßnahmenpaket zur Entlastung des Hildener Wohnungsmarktes vorzulegen, das insbesondere konkrete, priorisierte und umsetzbare Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz und Flächensparen gemäß Novelle des Klimaanpassungsgesetzes NRW (2026) umfasst.“

2. Anpassung Punkt 1a (WGH)

Punkt a) wird wie folgt konkretisiert:

„Prüfung und Entwicklung einer verstärkten Kooperation mit der WGH mit dem Ziel,

- den Anteil öffentlich geförderten Wohnraums signifikant zu erhöhen,
- städtische Grundstücke prioritär für gemeinwohlorientierten Wohnungsbau zu nutzen,
- besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen,
- und konkrete Ausbauziele (Neubau, Aufstockung, Nachverdichtung) zu definieren und dem Rat vorzulegen.“

3. Änderung Punkt 1b (Leerstand)

Punkt b) wird ersetzt durch:

„Präzisere Erfassung und Analyse der Datenlage zum Leerstand in Hilden sowie Bewertung, ob und in welchem Umfang kommunale Maßnahmen erforderlich und Verhältnismäßig sind. Dabei sind insbesondere Kosten, Personalaufwand und tatsächliche Wirksamkeit darzustellen. Der Schwerpunkt soll auf Maßnahmen mit nachweislich hohem Wohnraumpotenzial liegen.“

Geänderter Antragstext:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Maßnahmenpaket zur Entlastung des Hildener Wohnungsmarktes vorzulegen, das insbesondere konkrete, priorisierte und umsetzbare Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz und Flächensparen gemäß Novelle des Klimaanpassungsgesetzes NRW

(2026) umfasst:

- a) Prüfung und Entwicklung einer verstärkten Kooperation mit der WGH mit dem Ziel,
- den Anteil öffentlich geförderten Wohnraums signifikant zu erhöhen,
 - städtische Grundstücke prioritär für gemeinwohlorientierten Wohnungsbau zu nutzen,
 - besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen,
 - und konkrete Ausbauziele (Neubau, Aufstockung, Nachverdichtung) zu definieren und dem Rat vorzulegen.
- b) Präzisere Erfassung und Analyse der Datenlage zum Leerstand in Hilden sowie Bewertung, ob und in welchem Umfang kommunale Maßnahmen erforderlich und verhältnismäßig sind. Dabei sind insbesondere Kosten, Personalaufwand und tatsächliche Wirksamkeit darzustellen. Der Schwerpunkt soll auf Maßnahmen mit nachweislich hohem Wohnraumpotenzial liegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit geändertem Antragstext mehrheitlich beschlossen

8 Ja-Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

6 Nein-Stimmen von SPD, Bürgeraktion/Piraten und AfD

3.2 Antrag der CDU Fraktion Hilden vom 15.04.2026:
Wohnraumstärkungsgesetzes NRW (WohnStG NRW)
Bekämpfung Wohnungsleerstand

WP 25-30 SV 50/013

Rm Groß/CDU räumte ein, dass man sich dem Thema erst einmal nähern und eine Satzung formulieren müsse. 450 Zähler bei den Stadtwerken Hilden ohne messbaren Stromverbrauch seien nicht unerhebliche Wohnungen und können nicht einfach vernachlässigt werden.

Rm Stroth/SPD erwarte große Debatten in den nächsten Jahren, wie die knappen zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden können. Die SPD-Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen, da er weitere Personalressourcen bei der Stadt Hilden binden würde.

S.B. Ringelkamp/Bündnis 90/Die Grünen sprach sich ebenfalls gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus, sehe aber durchaus längerfristigen Leerstand als Problem. Es wurde bereits um eine präzisere Datenanalyse gebeten.

Frau Funke/Verwaltung erläuterte, dass es sich um eine Stichtagsermittlung der Stromzähler handle, das hieße aber nicht zwangsläufig, dass diese Wohneinheiten jahrelang leer stehen würden. Jahrelanger Leerstand sei ärgerlich und es sei im Einzelfall möglich den Eigentümer oder die Eigentümerin zu kontaktieren. Eine Satzung hingegen verpflichte zur Umsetzung unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben. Es sei kompliziert Daten aufgrund des Datenschutzes zu ermitteln.

Rm Groß/CDU erhob den Einwand, dass bei berechtigtem Interesse die Möglichkeit einer Datenabfrage über das Finanzamt möglich wäre.

Frau Funke/Verwaltung äußerte Bedenken, dass die Abfrage sehr wahrscheinlich gebührenpflichtig wäre und auch Teil einer Satzung sein müsse, da die Eigentümer*innen sicher nicht freiwillig auf die Verwaltung zugehen werden.

Der Vorsitzende Rm Gartmann/CDU ließ über den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abstimmen.

Antragstext:
(Satzung nach dem WohnStG NRW)

Konsequente Anwendung des Wohnraumstärkungsgesetzes NRW (WohnStG NRW) zur Bekämpfung dauerhaften Leerstands von Wohnraum in Hilden

Der Rat der Stadt Hilden beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine kommunale Zweckentfremdungssatzung gemäß §12 Wohnraumstärkungsgesetz NRW (WohnStG NRW) zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist insbesondere festzulegen, ab welcher Dauer ein Leerstand als Zweckentfremdung gilt und unter welchen Voraussetzungen ein Leerstand genehmigt werden kann.

Es ist dabei vorzusehen, dass dauerhafter Leerstand mit verbindlichen Auflagen zur Wiedervermietung oder Wiederherstellung der Bewohnbarkeit verbunden werden kann.

Die Verwaltung wird ermächtigt, bei dauerhaft leerstehendem Wohnraum die Instrumente des Wohnnutzungs-, Räumungs- und Wiederherstellungsgebots gemäß §15 WohnStG NRW anzuwenden, so die Voraussetzungen vorliegen.

Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum sind künftig im Rahmen des WohnStG NRW zur Auskunft über die aktuelle Nutzung, die geplante Leerstandsdauer, die Eigentumsverhältnisse und geplante Maßnahmen zu verpflichten, um Leerstand systematisch erfassen und bewerten zu können.

Bei festgestellten Verstößen gegen die Zweckentfremdungssatzung oder gegen behördliche Anordnungen sind Ordnungswidrigkeitenverfahren mit der Verhängung von Bußgeldern konsequent einzuleiten.

Der Rat erwartet, dass die Verwaltung dem zuständigen Fachausschuss jährlich über Art, Umfang und Entwicklung von Wohnungsleerständen sowie über ergriffene Maßnahmen berichtet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

6 Ja-Stimmen von CDU und Rm Steinbach (AfD)

8 Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Bürgeraktion/Piraten und Rm Hoffmeister (AfD)

4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

1. Beigeordneter Eichner nahm Stellung zur Anfrage der CDU-Fraktion zur Einführung der Bezahlkarte und gab bekannt, dass die vollumfängliche Stellungnahme der Verwaltung der Niederschrift beigelegt werde. Er kündigte die Einführung der Bezahlkarte nun für das 3. Quartal 2026 an. Die ursprünglich geplante Einführung im 1. Quartal 2026 konnte nicht eingehalten werden, da verschiedene Vorbereitungsschritte mehr Zeit als ursprünglich in Anspruch genommen haben. Die Vorbereitungen und die Bereitstellung der Testumgebung seien bald abgeschlossen, so dass noch im Juni die Anwenderschulung durchgeführt werden könne. Außerdem mussten Schnittstellen signiert, Zugänge eingerichtet und die Abstimmung mit Bezirksregierung und Land NRW erfolgen. Er betonte, dass es keine faktische Zurückstellung gegeben hätte und die Verzögerung lediglich durch die o.g. Punkte zustande gekommen sei. Die schriftliche Antwort wird dem Protokoll beigelegt.

Rm Filatov/CDU bat um zeitnahe Zusendung der schriftlichen Antwort an seine Fraktion.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Anfrage wurde zwischenzeitlich gemäß § 21 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Hilden und seine Ausschüsse fristgerecht beantwortet.

Rm Filatov/CDU erkundigte sich angesichts der in der nächsten Woche startenden Aktionswoche gegen Einsamkeit nach der Umsetzung des im März 2026 einstimmig im Sozialausschuss beschlossenen Maßnahmen zum Antrag „Hilden gegen Einsamkeit“. Bislang gäbe es keine Beiträge in Presse, Social Media oder eine Einladung zum Runden Tisch.

Frau Voß/Verwaltung informierte über einen Workshop, der am 16.07.2026 unter Beteiligung der Fraktionen, Fachakteure sowie Bürgern und Bürgerinnen stattfinden werde. Die Fraktionen erhalten hierzu eine gesonderte Einladung. Das Sachgebiet Stellwerk hat zum Thema eine Social Media Kampagne erarbeitet. Entsprechende Posts werden in der Aktionswoche täglich veröffentlicht. Im Anschluss an die Aktionswoche werde es eine Bürgerbefragung geben. Die Ergebnisse hieraus werden am 16.07.2026 in den Workshop einfließen. Die Resultate aus dem Workshop werden durch die Verwaltung ausgearbeitet und dem Sozialausschuss im November vorgestellt. Über etwaige Maßnahmen, ob kostenpflichtig oder nicht, sowie das weitere Vorgehen, entscheidet der Sozialausschuss.

Der Jahresbericht des Seniorenbeirates wurde lt. Frau Gerling/Seniorenbeirat fristgerecht für die Sitzung im März 2026 eingereicht und erschien bisher nicht auf der Tagesordnung des Sozialausschusses.

1. Beigeordneter Eichner sagte zu, dies im nächsten Sozialausschuss nachzuholen.

5.1 Antrag 043-26 von Bündnis 90/Die Grünen "Einrichtung einer
Notschlafstelle für die Stadt Hilden"

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reichte den vorab per E-Mail angekündigten Antrag Nr. 043-26 ein:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Notschlafstelle für die Stadt Hilden zu schaffen - ergänzend zu den bestehenden Notunterkünften.

Hinweis: Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung einer Notschlafstelle für die Stadt Hilden ist als Anlage beigefügt und somit Bestandteil der Niederschrift.

5.2 Antrag 042-26 von Bündnis 90/Die Grünen "Überprüfung und
Verbesserung der Sicherheits- und Unterbringungssituation in den
Notunterkünften Forst- und Hegelstraße"

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reichte den vorab per E-Mail angekündigten Antrag Nr. 042-26 ein:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Claus Pommer,

ausgehend von dem Bericht zu den Notunterkünften im vergangenen Sozialausschuss beantragt die Fraktion Von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Hilden, folgende Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, um die Lebensqualität und Sicherheit von Bewohner*innen in den Notunterkünften Forst- und Hegelstraße zu erhöhen:

- Klare Regelungen bei massiven Störungen oder Gefährdungen, die eine zeitweise Verlegung in eine Notschlafstelle zur Folge haben können
- Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten vor Ort von Befugnissen des Betreuungspersonals sind zu prüfen und gegebenenfalls zu erweitern, insbesondere im Hinblick auf die rechtssichere Durchsetzung von Hausregeln und Hausverboten
- Prüfung der perspektivischen Nutzung der Einrichtung Hegelstraße und alternativer Unterbringungsmöglichkeiten
- Darstellung der aktuellen Sicherheitslage in den Notunterkünften unter Berücksichtigung der aktuellen Gefährdungsbeurteilung

Hinweis: Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Überprüfung und Verbesserung der Sicherheits- und Unterbringungssituation in den Notunterkünften Forst- und Hegelstraße ist als Anlage beigefügt und somit Bestandteil der Niederschrift.

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Christian Gartmann / Datum
Vorsitzender

Sabine Freese / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum
1. Beigeordneter